

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift:
Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft
Großenhain, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen befähigterseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1380.
Zirkelnummer:
Riesa Nr. 52.

Nr. 240.

Freitag, 13. Oktober 1933, abends.

86. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und in welcher Reihenfolge ist nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschreibzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; Zeitrauben und inebellartiger Satz 50%, Aufschlag. Freie Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Rüge eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegeranten oder der Verbreitungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer: Goetzeltrage 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Hindenburgs Wünsche für das deutsche Handwerk.

Berlin. (Funkdruck.) Wie das V.D.G.-Büro meldet, hat der Reichspräsident von Hindenburg telegraphisch dem Reichshandwerksrat des deutschen Handwerks anlässlich der am 15. Oktober beginnenden Herbstwoche für das deutsche Handwerk seine Wünsche wie folgt ausgesprochen:

„Die am 15. Oktober 1933 beginnende Reichshandwerkswoche begleiten meine herzlichsten Wünsche. Ich begrüße es, daß nach Jahren des Darniederliegens das deutsche Handwerk seine Kräfte regt und in enger Volksgemeinschaft den Weg zu neuer Geltung beschreitet. Möge diesem Unternehmen ein Erfolg beschieden sein, würdig der altüberlieferten Bedeutung des Handwerks im deutschen Wirtschafts- und Kulturleben!

gez. von Hindenburg,
Ehrenmeister des deutschen Handwerks.“

Die starke Hand in Frankreich.

Daladiers politische Taktik.

Dank der glänzenden Mithras eines Außenministers hat Daladier im Augenblick der Eröffnung des innerpolitischen Kampfes ein Diversionsmanöver von starker Wirkung inszenieren können: die Schaffung der angeblichen Einheitsfront Frankreichs, Englands und Amerikas in der Abrüstungsfrage. Es wäre töricht, zu bezweifeln, daß dieses Manöver bei den großen Massen in Frankreich beträchtlichen Erfolg gehabt hat, allein selbst Herr Daladier wird sich kaum einen Augenblick über die Kurzlebigkeit dieser Wirkung getäuscht haben. Scheitert es den Engländern schon jetzt äußerlich fatal, so hat, wie es durch beständige französische Publizisten bei der Auswertung der Ereignisse in Genf geschehen ist, in die unmittelbare Verantwortung gezogen zu sein, so wissen die Amerikaner ganz offenbar überhaupt kaum, wie sie zu der Ehre gekommen sind, plötzlich wieder mitten in den europäischen Auseinandersetzungen zu stehen. Der schon sichtbar werdende Rückschlag dürfte Herrn Daladier bald darüber belehren, wie falsch es ist, Scheinerfolge vorzeitig und allzu aufdringlich zu plakatieren.

Er hätte sich dieses Dilemma, das ihm anscheinend auch noch in einem gewissen Gegensatz zu Mussolini bringen wird, der sich sehr ehrlich und ernsthaft um das weitere Schicksal der Abrüstung bemüht, sparen können, denn schließlich hat er außerdem bereits den wirklichen Erfolg des Parteitages von Vichy in der Tasche. Dieser Parteitag, der sich mit einer Mißbilligung und Programmlosigkeit abwickelte, wie sonst selten ein französischer Parteitag und wie man es bestimmt von diesem Konvent der Radikalen nicht erwartet hatte, hat Daladiers Position unzweifelhaft gefestigt. Er fragt sich, wie weit die Wirkung der guten Quellen von Vichy anhalt, wenn es nun an die Kleinarbeit in der Kammer geht.

Gewiß ist die Sicherheitspolitik in weiten Kreisen der französischen Bevölkerung noch stark genug, um einen Teil der Aufmerksamkeit auch weiterhin nach Genf abzulenken. Aber der größere Teil wird doch dem inner- und wirtschaftspolitischen Programm zugewandt bleiben, das die Kammer jetzt zu erledigen hat. Es trifft in der ursprünglichen Konzeption in erster Linie den Mittelstand, den Rentner, den Kleinbürger, d. h. also in erheblichem Maße die Elite derer, auf die die radikale Partei sich stützt. Der einzige Gegenwert, den Daladier in die Waagschale zu werfen hat, um die Beschwerden der genannten Bevölkerungskreise gegen sein Sanierungsprogramm aufzuwiegen, ist die Parole der unbedingten Währungsstabilität. Das Festhalten an Solwe ist für Frankreich nicht das Ergebnis einer theoretischen Überlegung, sondern unmittelbares Ergebnis der wirtschaftlichen Struktur. Keine Regierung würde es überleben, wenn die Masse des französischen Bürgertums einen Rückschlag in die Schrecken einer Inflation erleben würde. Das weiß Daladier und darum hat er wohl auch die Erledigung seines Sanierungsprogramms bis nach dem Parteitag von Vichy verschoben, denn andernfalls hätte er dort nicht die unbedingte und freundliche Gefolgschaft gefunden, wie sie ihm tatsächlich zuteil geworden ist. Jetzt allerdings gibt es keinen Aufschub mehr und darüber hinaus gibt es kaum Möglichkeiten, die Feindschaften des Programms wesentlich abzumildern. Allerdings scheint es beinahe so, als ob Daladier mit geteuerter Hilfe seines Haushaltsministers Lamoureux und des Finanzministers Donnet schon den Entwurf des Sanierungsprogramms in gewissen Punkten absichtlich übersteigert hätte, um Scheinoppositionen machen zu können, falls hier oder dort der Widerstand gar zu heftig werden sollte. Einsparungen am Militäretat und an den Beamtengehältern sind, um das Ziel der Haushaltsanpassung zu erreichen, unerlässlich. Dazu kommt die abermalige Reform der Landwirtschaft, der man keinesfalls von Staats wegen die Preise für ihre Produkte garantieren kann, die sie für angemessen oder gar für unerlässlich hält. Die Gehaltskürzungen bei den Beamten endlich werden zwangsläufig auf den Stand der Arbeiter Einfluß haben, was umlo-

Restarbeiten im Völkerbundsrat.

Genf. Der Völkerbundsrat hat gestern nach einer Anzahl von noch auf seiner Tagesordnung stehenden Restarbeiten erledigt. In rascher Folge wurden die Berichte über die letzten Tagungen des Finanzkomitees, die sich mit der Finanzlage von Österreich, Ungarn, Griechenland, Rumänien und Litauen beschäftigten, angenommen.

Unter Stimmenthaltung des deutschen Vertreters gelangte der von dem portugiesischen Staatsmitglied erstattete Bericht über die Organisierung einer internationalen Hilfe für die aus Deutschland kommenden Juden zur Behandlung. In diesem Bericht wird der amtierende Präsident beauftragt, im Rahmen des Völkerbundsrates die Ernennung des Oberkommissars im Benehmen mit dem Reichserbkaiser und den Regierungen von Spanien, Frankreich, England, Italien, Niederlande und der Tschechoslowakei vorzunehmen. Zur Beteiligung an dem zu schaffenden Verwaltungsrat sollen außer den bereits genannten Ländern noch eingeladen werden: Polen, Belgien, die Schweiz, Dänemark, Schweden, die Vereinigten Staaten, Argentinien, Brasilien und Uruguay. Die interessierten privaten Organisationen sollen für die Beratung und Mitarbeit herangezogen werden, und zwar soll der Verwaltungsrat die Auswahl treffen. Der französische Vertreter stimmt dem Bericht ausdrücklich zu und sprach den Wunsch aus, daß die vorgesehene Verhandlung rasch in Gang kommen.

Darauf wandte sich der Völkerbundsrat den noch auf seiner Tagesordnung stehenden oberösterreichischen Minderheitspetitionen zu. In der überaus komplizierten Rechtsfrage der Eingabe des deutschen Volksbundes wegen des St. Julians-Hospitals in Regensburg hat das von dem Rat eingesezte Juristenkomitee ein Gutachten erstattet, in dem festgelegt wird, daß die Verletzung der Angelegenheit einen Verstoß gegen das Genfer Abkommen darstellt und auch in materieller Hinsicht die Genfer Konvention verletzt ist. Die Angelegenheit wurde bis zur nächsten Tagung des Völkerbundsrates vertagt.

In der Eingabe des Bundes der Polen in Deutschland gegen die Aenderung des Reichswahlgesetzes wird Klage geführt, daß die polnischen Minderheiten in Oberschlesien dadurch benachteiligt worden seien. Die Deutsche Regierung hat in ihrer Stellungnahme zu der Eingabe eingeleitet dargestellt, daß die Beschränkung des Polenbundes unberührt war, und daß die polnische Minderheit durch die für das ganze Reich gültige Aenderung in keiner Weise benachteiligt worden ist, und daß die polnische Partei nach den Ergebnissen der vorhergehenden Wahl bei weitem nicht die genügende Stimmenzahl zur Erlangung eines Mandates aufgebracht hätte. Der Völkerbund hat in dem aktoren angenommenen Bericht sich die deutsche Auffassung zu eigen gemacht.

Die Forderung des kommunisten Putsch in Potemba ist von dem Bund der Polen in Deutschland zum Gegenstand einer Beschwerde beim Völkerbundsrat gemacht worden mit der Begründung, daß die Tat wegen der Zugehörigkeit Putschs zu der polnischen Minderheit in Oberschlesien erfolgt sei und deshalb die Unschärfe darlege, in der sich die polnische Minderheit in Oberschlesien befindet. Diese Behauptung ist in keiner Weise begründet und die deutsche Regierung hat in ihrer Stellungnahme nachgewiesen, daß P. Kommunist war und die Forderung in keinem Zusammenhang mit seiner Minderheitenzugehörigkeit stand. In dem

schwerwiegendere Folgen haben kann, als die Arbeiter einer ganzen Anzahl von Industrien gerade Lohnsteigerungen zu fordern im Begriffe waren.

Also wird man möglicherweise den Militäretat besonders kräftig kürzen müssen. Sollte das Feuerwerk der Genfer Dreimächtefront vielleicht dazu gedient haben, die Geschäftlichkeit etwaiger Abstriche am Militäretat zu tarnen? Dann dürfte sich herausstellen, daß Herr Daladier dieses Feuerwerk zu früh abgefeuert hat, denn die Rüstungspolitiker um jeden Preis haben offenbar bereits die Witterung aufgenommen und verfolgen jedes noch so schwache Gerücht betreffend Einschränkung oder auch nur Stabilisierung der Materiallieferungen auf dem gegenwärtigen Stand mit wärem Gehör.

Angesichts dieser Drohungen von links und rechts blieb Daladier gar nichts anderes übrig, als zur Politik der starken Hand zu greifen und rechtzeitig unverhüllt zu erklären, daß er mit seinem Deflationsprogramm stehe und falle. In die Sprache der Radikalen überleitet, klingt das zwar weniger radikal und will auch durchaus nicht besagen, daß Herr Daladier unter allen Umständen jeglicher personellen Veränderung in seinem Kabinett Widerstand leisten würde, aber tatsächlich hat er sich doch auf eine Linie festgelegt, die er bis zum letzten Ziele nur dann verfolgen kann, wenn unwahrscheinlich günstige Entwicklungen von verschiedenen Seiten her ihm im richtigen Augenblick den Weg ebnet sein.

von dem Rat gleichfalls ohne Debatte angenommenen Bericht wird festgestellt, daß die Demütigung der polnischen Minderheit in erster Linie auf die falsche Darstellung der Angelegenheit in der Presse zurückzuführen ist. Der Bericht gibt der Zuversicht Ausdruck, daß, unabhängig von dem vorliegenden Falle Potemba, die Behörden die Gewähr für ein vertrauensvolles Verhältnis für die Minderheiten bieten.

Nadolny am Freitag in Berlin.

Genf. Botschafter Nadolny hat sich heute früh von Genf nach Basel begeben und ist hier mit einem Sonderzug der Luftlinie nach Berlin gestartet, um der Reichsregierung über die Genfer Lage mündlich Bericht zu erstatten. Die anderen Mächte verhandeln gegenwärtig über die Situation, die dadurch entstanden ist, daß Botschafter Nadolny vorgestern der englischen Auffassung die deutsche entgegengesetzt hat. Auch der gestrige Tag hat den Eindruck bestätigt, daß England, Frankreich und die Vereinigten Staaten über ihre Haltung einig sind, so daß die Fertigstellung gemeinsamer Vorschläge für die Sonnabendtagung des Büros der Abrüstungskonferenz unwahrscheinlich ist. Die deutsche Delegation sieht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Unterzeichnung einer Konvention oder überhaupt die Annahme von Vorschlägen nicht in Frage kommt, sofern darin nicht vom Beginn der Laufzeit an die praktische Verwirklichung der deutschen Forderung nach Verteidigungswaffen enthalten ist.

Botschafter Nadolny hatte gestern abend eine Unterredung mit dem englischen Außenminister, der vorher mit Norman Davis gesprochen hatte.

Eingreifen Mussolinis in der Abrüstungsfrage?

London. Der Evening Standard berichtet von einem persönlichen Eingreifen Mussolinis gegen die angebliche Absicht Englands, Frankreichs und Amerikas, der Abrüstungskonferenz einen fertigen Vereinbarungsentwurf vorzulegen und Deutschland vor die Entscheidung zu stellen, diesen Plan entweder anzunehmen oder nicht zu unterzeichnen. Die Möglichkeit, daß Deutschland dann zum Verlassen der Abrüstungskonferenz gezwungen werden könnte, habe bei Mussolini Beforgnis erregt. Er habe infolgedessen beim französischen und englischen Botschafter in Rom angefragt, einen Ausweg zu finden. Die fünf hauptsächlichen Mächte sollten eine neue Erklärung abgeben, in der ein genauer Zeitpunkt für das Außerkräfttreten der Deutschland einseitig auferlegten Rüstungsbeschränkung festgelegt werden soll.

Berlin. (Funkdruck.) Der Führer der deutschen Delegation auf der Abrüstungskonferenz in Genf, Botschafter Nadolny, ist heute vormittag mit dem Flugzeug in Berlin eingetroffen.

Botschafter Nadolny beim Reichskanzler.

Berlin. (Funkdruck.) Der deutsche Delegationsführer in Genf, Botschafter Nadolny, ist heute vom Reichskanzler zur Berichterstattung empfangen worden.

Kommunistischer Anschlag gegen die deutsche Gesandtschaft in Bukarest.

Bukarest. (Funkdruck.) Gegen die deutsche Gesandtschaft wurde heute mittag von Kommunisten ein Anschlag verübt. Vier junge Burtschen, die sich vor der Gesandtschaft aufgestellt hatten, warfen in rote Tücher gewickelte Steine die Fenster der Gesandtschaft, und zwar besonders gegen das Fenster des Arbeitssimmers, in dem sich der deutsche Geschäftsträger Dr. Kirchholtes befand. Der Geschäftsträger wurde jedoch nicht getroffen. Weiter warfen die Burtschen mit Flaschen, in denen sich eine rote Flüssigkeit befand, gegen das Gesandtschaftswappen. Zwei der Attentäter konnten festgenommen werden. Der deutsche Geschäftsträger Dr. Kirchholtes wurde unmittelbar nach dem Attentat im rumänischen Außenministerium vorstellig.

Automobil vom Eisenbahnzug erfasst.

Sechs Tote.

Santander. Ein Eisenbahnzug hat bei einer Weichenüberführung bei Unquera ein mit 6 Personen besetztes Automobil erfasst und mitgeschleift. Sämtliche 6 Insassen kamen ums Leben. Der Bahnüberwacher war nicht überlebt.